

Pressemitteilung

DKG zum Psychiatrie-Barometer 2024/2025

Psychiatrische Kliniken unter wirtschaftlichem Druck – Fachkräftemangel und Kostensteigerungen verschärfen Lage

Berlin, 22. August 2025 – Die wirtschaftliche Situation psychiatrischer und psychosomatischer Kliniken in Deutschland bleibt angespannt. Das zeigt das aktuelle Psychiatrie-Barometer 2024/2025 des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), das im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) erstellt wurde. Die Ergebnisse verdeutlichen den zunehmenden Druck durch Kostensteigerungen, unzureichende Refinanzierung und strukturelle Hürden bei der Personalgewinnung.

Nur 28 Prozent der psychiatrischen und psychosomatischen Abteilungen und 35 Prozent der Fachkrankenhäuser bewerten ihre wirtschaftliche Lage zum Jahreswechsel 2024/2025 als gut oder sehr gut. Die Mehrheit – 72 Prozent bzw. 66 Prozent – stuft die Situation dagegen als mäßig bis sehr schlecht ein. Während sich Fachkrankenhäuser gegenüber dem Vorjahr leicht stabilisiert zeigen, hat sich die Lage in den Abteilungen deutlich verschlechtert.

„Die Auswirkungen gestiegener Kosten auf die Liquidität sind erheblich: Über 70 Prozent der Kliniken berichten von starken bis sehr starken Einbußen. Nur rund ein Drittel gibt an, dass die Auswirkungen gering oder nicht spürbar seien. In der Konsequenz setzen viele Einrichtungen auf kurzfristige Maßnahmen wie die Aussetzung geplanter Investitionen oder Nicht-Besetzung offener Stellen“, stellt Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft klar.

Die angespannte wirtschaftliche Lage zeigt bereits deutliche Folgen in den psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen. So erwarten 30 Prozent der Abteilungen und 16 Prozent der Fachkrankenhäuser, in den kommenden sechs Monaten ihr Personal reduzieren zu müssen. Zudem plant rund ein Fünftel der Einrichtungen Leistungsumfang und -angebot einzuschränken, was sich unmittelbar auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten auswirken könnte.

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Zur Sicherung der Liquidität greifen viele Kliniken inzwischen zu kurzfristigen Notmaßnahmen. Bereits 47 Prozent der Einrichtungen haben geplante Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen ausgesetzt, weitere 23 Prozent bereiten diesen Schritt vor. Auch im Personalbereich werden erste Reaktionen sichtbar: 28 Prozent der Häuser verzichten vorübergehend auf die Besetzung offener Stellen, in weiteren 15 Prozent ist dies geplant. Darüber hinaus haben 26 Prozent der Einrichtungen Trägerzuschüsse erhalten und 21 Prozent Liquiditätskredite bei Banken aufgenommen. Eine gekürzte oder verspätete Auszahlung von Weihnachtsgeld an die Mitarbeitenden lehnt hingegen die überwiegende Mehrheit der Krankenhäuser entschieden ab.

Die Refinanzierung der Kostensteigerungen bleibt ein zentrales Thema in den Budgetverhandlungen. Die PPP-Richtlinie (PPP-RL) wird dabei von über 80 Prozent der Kliniken als wesentlich angesehen. Die Umsetzbarkeit leidet neben den Widerständen der Kostenträger bei der Finanzierung der erforderlichen Personalstellen, am Fachkräftemangel und den unzureichenden Anrechnungsmöglichkeiten. Nur 37 Prozent der befragten Einrichtungen konnten die Personalvorgaben der PPP-RL in allen Berufsgruppen vollständig einhalten.

55 Prozent der Einrichtungen setzen bereits internationale Fachkräfte ein – vor allem in der Pflege und im ärztlichen Dienst. Weitere 7 Prozent planen dies. Dennoch bestehen nach wie vor große Herausforderungen, insbesondere Sprachbarrieren, Anerkennungsverfahren und hohe Rekrutierungskosten. Die Mehrheit der Kliniken unterstützt ihre internationalen Mitarbeitenden jedoch mit gezielten Einarbeitungs- und Integrationsprogrammen.

„Die Ergebnisse des Psychiatrie-Barometers zeigen eindrucksvoll, unter welchem Druck psychiatrische und psychosomatische Kliniken aktuell stehen“, erklärt Dr. Gerald Gaß. „Was wir brauchen, sind realistische Personalvorgaben, ausreichend finanzierte Budgets und weniger bürokratische Hürden bei der Rekrutierung internationaler Fachkräfte. Nur so können wir die Versorgung der psychisch erkrankten Menschen durch die Krankenhäuser langfristig sichern.“

Das Psychiatrie-Barometer finden Sie im Anhang dieser Pressemitteilung.

Die **Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.874 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 23 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 141 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.